

XV.

Die Türkei und ihre Vasallenstaaten.

1. Die Türkei.

2. Januar. Schakir Pascha veröffentlicht eine Liste nicht amnestierter aufständischer Kretenser. Es knüpfen sich hieran Befürchtungen wegen Erneuerung des Aufstandes im Frühjahr.

2. Januar. Der „Standard“ meldet, daß der Sultan ein der englisch-türkischen Konvention von 1880 entsprechendes Gesetz gegen die Sklaverei erlassen habe.

8. Januar. Es wird gemeldet, daß Rußland und England Schritte behufs Erzielung einer umfassenderen Amnestie für Kreta gethan haben.

8. Januar. Infolge der Erklärungen der bulgarischen Regierung, sie beabsichtige nicht, die Eisenbahn Vellova—Mustapha Pascha zu sequestrieren, erklärt die Türkei sich hinsichtlich der Eisenbahnfrage befriedigt.

7. Februar. Das Schlußprotokoll des deutsch-türkischen Handelsvertrags wird unterzeichnet.

22. Februar. Ein Kaiserliches Dekret hebt die Transit-Binnen- und Ausfuhrzölle auf.

1. März. Der armenische Patriarch überreicht der Pforte einen Bericht über die bedenklichen Zustände in Armenien, worin er die Ausführung der vertragsmäßigen Reformen verlangt.

15. März. Die Pforte lehnt das Gesuch der bulgarischen Regierung, die Anerkennung des Fürsten zu bewirken, ab.

29. April. Ein Fardé des Sultans wird erlassen, welcher die Kriegsgerichte in Kreta aufhebt.

10. Mai. An Stelle des seines Amtes entsetzten Dschevdet Pascha wird der Minister der Evidars Riza Pascha zum Justiz-

minister ernannt; an seine Stelle tritt der Minister der öffentlichen Arbeiten Zihni Pascha, welcher durch den Direktor der indirekten Steuern Raif Pascha ersetzt wird; an Stelle des letzteren übernimmt Haffan die indirekten Steuern.

21. Juni. In Beantwortung der letzten Note der Pforte, wonach Rußland mit der Bezahlung der Kriegsschädigung bis zum Spätherbst warten möge und, falls der verpfändete Zehent nicht einging, der Staatschatz für den Betrag aufkommen würde, überreicht der russische Botschafter Nelidow der Pforte eine neue Note, welche diese Antwort nicht befriedigend findet, eine schnelle Erfüllung der Zahlungsverpflichtung verlangt und erklärt, daß der Botschafter sich verneinenden Falles alle Maßregeln vorbehalten müsse.

Ende Juni findet in Erzerum ein blutiger Zusammenstoß zwischen dem türkischen Militär und der armenischen Bevölkerung statt. Frankreich, England und Rußland machen der Pforte offizielle Vorstellungen wegen der Mißstände in Armenien.

19. Juli. Auf Ansuchen der bulgarischen Regierung ernennt der Sultan gegen die Wünsche der Griechen und Serben, auch gegen den Protest des Patriarchen drei bulgarische Bischöfe für Mazedonien.

27. Juli. (Konstantinopel.) Während des Gottesdienstes in der armenischen Kathedrale entsteht ein Auflauf. Der Patriarch flüchtet in ein naheliegendes Gebäude, die nachfolgende Menge greift ihn thätlich an. Als die Polizei einschreitet, kommt es zu einer blutigen Schlägerei, wobei ein Gendarmerie-Offizier getötet und auf beiden Seiten mehrere Personen verwundet werden. Ueber den Distrikt wird der Belagerungszustand verhängt.

3. September. Der Sultan begnadigt eine Anzahl der bisher von der Amnestie ausgeschlossenen Kreter.

11. September. (Konstantinopel.) Der armenische Bischof Tadjan Oscamim wird beim Heraustreten aus der Kirche schwer verwundet.

22. September. Der Kurdenhäuptling Mussa Bey, dessen Gewaltthätigkeiten in Armenien zu einer Intervention der englischen Regierung geführt hatten, wird verbannt.

September. Das Panzerschiff „Ertogrul“ geht mit 500 Mann auf dem Rückwege von Japan zu Grunde.

15. Oktober. Infolge der Differenzen zwischen der Pforte

und dem ökumenischen Patriarchen in der Frage der Nationalkirchen werden auf Anordnung des letzteren alle griechischen Kirchen im Reich geschlossen. Die Pforte beginnt Verhandlungen mit dem Patriarchen; als diese nicht sogleich gelingen, läßt sie einige gesperrte Kirchen amtlich öffnen und setzt griechisch-orientalische Geistliche ohne Unterschied der Nationalität behufs Abhaltung des Gottesdienstes ein.

Der Patriarch legt den anderen Patriarchaten sowie den selbständigen griechisch-orthodoxen Landeskirchen den Plan der Einberufung eines ökumenischen Konzils vor.

Dezember. Der Sultan erklärt in Beantwortung einer Adresse der armenischen Notabeln in Konstantinopel:

Das Vertrauen, welches die kaiserliche Regierung immer der getreuen Nation der Armenier entgegengebracht habe, sei keineswegs geschmälert. Die revolutionären Akte einiger fragwürdigen Personen seien keineswegs geeignet, die Anschauungen des Sultans über die Gesinnungen der Treue der Armenier zu ändern. Der Sultan hege noch immer die gleiche Sympathie für die Armenier und sei besonders befriedigend über die Kundgebung der Treue der armenischen Notabeln. Schließlich drückte der Sultan die feste Zuversicht aus, die Unterzeichner der Adresse würden die Verirrten auf den rechten Weg zurückführen.

2. Bulgarien.

7. Januar. Der Prospekt der von Rußland beanstandeten Anleihe wird in Wien ausgegeben. (Vgl. Jahrgang 1886, p. 293, 294).

Bulgarische Blätter, unterstützt von österreichischen und englischen, rechtfertigen die Verpfändung der Eisenbahnen gegenüber Rußlands Hinweis auf den Berliner Traktat damit, daß die betreffenden Linien zur Zeit des Kongresses noch gar nicht existierten.

11. Januar. Die „Bulgarie“ veröffentlicht nach Dokumenten ein Verzeichnis der „Gratifikationen“, welche Fürst Dondukow als russischer Kommissär in Bulgarien (1878/79) sich selbst und anderen russischen Beamten aus bulgarischen Mitteln ausgezahlt hat. Dieselben belaufen sich auf 1 Million Mark.

1. Februar. Major Paniza wird wegen Verdachts einer Verschwörung verhaftet.

3. Februar. Sechs weitere Verdächtige werden verhaftet.

7. Februar. Die „Agence balcanique“ meldet, Paniza habe den Prinzen Ferdinand zu Gunsten des Fürsten Alexander zu beiseitigen gestrebt, sowie Stambulow und Mutkufrow ermorden wollen; ferner berichtet sie:

Ein Rußischer Weinhändler, Kalapow, ein ehemaliger russischer Offizier, sei verhaftet worden. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung seien Papiere vorgefunden worden, aus denen hervorgehe, daß Kalapow mit dem Dragoman der russischen Gesandtschaft in Bukarest Beziehungen hatte. Kalapow habe auch seit langem ununterbrochen mit Paniza in Verbindung gestanden.

22. Februar. Der Ministerrat beschließt, den von Rußland eingeforderten Schuldbetrag zum Tageskurse an Baron Wangenheim auszuführen.

Anfang März. Bulkwitsch wird nach Konstantinopel gesandt mit einem nichtamtlichen Schreiben Stambulows an den Großwesir, worin die Frage gestellt wird, ob die Pforte nicht den Zeitpunkt als gekommen erachte, die bulgarische Frage durch Anerkennung des Prinzen Ferdinand als Fürsten abzuschließen. Das Schreiben hebt hervor, daß die Pforte und Rußland die Geselligkeit des Rechtszustandes anerkennen, so oft es sich um Entgegennahme bulgarischer Zahlungen handelt, um sodann bis zur nächsten Zahlungsfrist die Anerkennung wieder zu verweigern. Dieser Zustand müsse im allgemeinen Interesse beendet werden.

4. März. Bulkwitsch trifft aus Konstantinopel ein und überbringt Mitteilungen über die Aufnahme des bulgarischen Anerkennungswunsches seitens der Pforte, welche eine günstige Deutung zulassen.

20. März. Der deutsche Vertreter, Frhr. v. Wangenheim, benachrichtigt die bulgarische Regierung, daß die russische Regierung die bulgarische Rechnung betreffs der ruckständigen Okkupationsraten für richtig befunden habe. Der Betrag sei auf Rechnung der russischen Regierung bei der niederländischen Bank zu erlegen. Herr v. Wangenheim werde der bulgarischen Nationalbank Quittung ausstellen.

Die Zahlungen an die russische Regierung werden begonnen.

3. Mai. Auf Veranlassung der serbischen Regierung werden an der bulgarischen Grenze eine größere Anzahl bulgarischer Emigranten verhaftet, welche einen Aufstand in Bulgarien vorbereiteten.

Mai. Der Prozeß gegen Paniza wird verhandelt; Mitangeklagt sind: 10 Offiziere in Disponibilität, ein Sophiäer Bürger und der russische Unterthan Reserve-Offizier Kolobkow. Dieselben werden sämtlich eines Komplots gegen die Person des Prinzen und

einige Minister, in der Absicht, einen Staatsstreich auszuführen, angeklagt.

16. Mai. Zwischen Deutschland und Bulgarien wird eine Handelsabmachung unterzeichnet auf Grund des englisch-bulgarischen Handelsarrangements.

30. Mai. Das Kriegsgericht verurteilt Paniza zur Todesstrafe, empfiehlt ihn aber der Gnade des Fürsten, welchem anheimgestellt wird, das Todesurteil in fünfzehn Jahre Gefängnis umzuwandeln. Das Gericht verurteilt ferner Kalubkow zu 9, Ardaunow zu 6, Alexander Rizow zu 6, Talew, Tschawdarow, Molow und Kiffinow zu 3 Jahren, Stephanow zu 5 Monaten Gefängnis. Die übrigen sechs Angeklagten werden freigesprochen.

3. Juni. Alle im Prozeß Paniza Freigesprochenen werden aus Bulgarien ausgewiesen und nachts polizeilich an die serbische Grenze gebracht.

6. Juni. Die „Agence Balcanique“ erklärt die Meldung auswärtiger Blätter, Baron Wangenheim habe der bulgarischen Regierung eine Note überreicht, worin er den Widerruf der Meldung bezüglich einer Teilnahme der russischen Regierung an der Verschwörung des Majors Paniza verlangt habe, für vollständig unbegründet.

17. Juni. Die Minister Dr. Stranski und Sallbachew verlangen und erhalten ihre Entlassung. Stambulow übernimmt an Stelle Dr. Stranskis die Leitung des Auswärtigen Amtes, Schiwkow an Stelle Sallbachews das Finanzministerium.

27. Juni. Prinz Ferdinand tritt eine Reise nach Oesterreich an und ernennt Stambulow zum Regenten.

27. Juni. Das Todesurteil wird an Major Paniza vollzogen.

27. Juni. Der Fürst konferiert im Auslande mit verschiedenen Gliedern der Familien Koburg und Orleans, die ihm, wie die Zeitungen melden, vergeblich zur Abdankung geraten haben sollen.

15. August. Fürst Ferdinand trifft in Sofia ein. Bei einem Bankett hält der Fürst eine Ansprache, in welcher er die guten Beziehungen Bulgariens zu seinem Suzerän hervorhebt und mit einem Toast auf den Ruhm, die Größe und den Fortschritt des Vaterlandes sowie seiner treuen Diener und seiner tapferen Armee schließt.

Anfang September. Wahlen zur Sobranje. Es werden 260 regierungsfreundliche und 35 oppositionelle Deputierte gewählt.

10. November. Zum Minister des Auswärtigen wird Gretow, zum Finanzminister Baltſchew ernannt. Der Kriegsminister (und ehemalige Regent) Mutfurow reicht seine Entlassung ein.

XVI.

Rumänien.

2. Januar. Die Kammer nimmt den Abreßentwurf an und genehmigt das handelspolitische Abkommen mit Frankreich. Sahovary, Minister des Auswärtigen, widerlegt die Behauptung der Opposition, daß der König persönliche Politik treibe.

12. Februar. Die Kammer verwirft den Antrag, den früheren Minister Bratiano und die anderen Mitglieder seines Kabinetts gerichtlich verfolgen zu lassen.

8. März. Die Regierung kündigt die Handelsverträge mit Belgien und Italien.

10. Mai. Die Deputiertenkammer nimmt mit 93 gegen 55 Stimmen die Vorlage betreffend die Fortifikationskredite an, nachdem der Ministerpräsident und der Minister des Auswärtigen erklärt haben, daß die Fortifikationen nur einen defensiven Charakter hätten und keineswegs von politischer Tragweite seien.

20. Juni. (Bukarest.) Die Kammer genehmigt die Konversion der 6prozentigen Rente in eine 4prozentige; bald darauf beschließen der Senat.

21. Oktober. Im Beisein des Königs wird der Grundstein zu der Eisenbahnbrücke gelegt, die bei Tschernawoda über die untere Donau führen und die erste direkte Verbindung zwischen Rumänien und den Balkanländern bilden soll.

29. Dezember. (Senat.) Ein Antrag, zu Gunsten der ungarischen Rumänen bei der österreichisch-ungarischen Regierung zu intervenieren, wird verworfen.